

Atomstromanteil wieder um 20 Prozent gestiegen

Nur ein Ausbau der erneuerbaren Energien kann den Atomstrom aus den österreichischen Stromnetzen verdrängen

St. Pölten, am 8.3.2023: Nach wie vor enthält der österreichische Strommix bis zu 13 Prozent Atomstrom. Der Atomstromanteil am österreichischen Stromverbrauch ist damit wieder um 20 Prozent gestiegen. „Für ein Land, das sich gerne als Kämpfer gegen die Atomkraft positioniert, ist das wahrlich kein Ruhmesblatt“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Die einzige Möglichkeit den Atomstrom aus den österreichischen Netzen zu drängen, ist der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Branche drängt nach wie vor auf das Aktivwerden der Bundesländer bei der Anpassung der Rahmenbedingungen“, so Moidl.

In drei Tagen, am 11. März, jährt sich die Atomkatastrophe von Fukushima zum zwölften Mal. Während Österreich sich nach außen immer wieder als Kämpfer gegen die Atomenergie positioniert, enthält der österreichische Strommix noch immer bis zu 13 Prozent Atomstrom. Im Jahr davor war der Atomstromanteil mit bis zu 11 Prozent noch zwei Prozentpunkte geringer. Das entspricht einer Steigerung um 20 Prozent. „Auch in diesem Bereich kann der Ausbau der erneuerbaren Energien Abhilfe schaffen“, bemerkt Moidl.

Stromkennzeichnung verschleiert reale Herkunft des Stromes

Obwohl im letzten Stromkennzeichnungsbericht der E-Control wieder zu lesen ist, dass keine Nachweise aus „Nuklearenergie“ eingesetzt wurden, bedeutet dies leider nicht, dass Österreich frei von Atomstrom ist. „Die Nachweise sagen leider zumeist nichts darüber aus, woher der Strom stammt“, ärgert sich Moidl: „Denn die Stromherkunftsnachweise werden unabhängig vom verkauften Strom gehandelt.“ In Österreich ist es erlaubt, reinen Atomstrom als Ökostrom zu verkaufen. Hierfür muss man sich nur einen Herkunftsnachweis für erneuerbare Energie besorgen und kann damit Atomstrom als erneuerbaren Strom deklarieren. „Wie groß dieser Anteil tatsächlich ist, kann man aber nur abschätzen“, erklärt Moidl: „Je nach Berechnungsmethode liegt der

Atomstromanteil dann zwischen 2,8 und 12,9 Prozent. Diese Unklarheiten könnten mit einem Schlag gelöst werden, wenn die Herkunftsnachweise nicht getrennt vom Strom gehandelt werden dürften.“ Ab 2024 wird auch jener Strom ausgewiesen werden, der gemeinsam mit den Zertifikaten verkauft wurde. „Dies ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung für mehr Transparenz“, so Moidl.

Einzige realistische Lösung: Ausbau der erneuerbaren Energien

„Nachdem für eine Verknüpfung der Herkunftsnachweise mit der tatsächlichen Stromproduktion eine EU-Entscheidung benötigt und politisch immer wieder abgelehnt wird, gibt es nur die Möglichkeit mit dem Ausbau der Erneuerbaren den Atomstrom aus österreichischen Stromnetzen zu drängen“, stellt Moidl fest: „Hier drängt die Branche nach wie vor auf das umgehende Aktivwerden der Bundesländer, um die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windkraft zu verbessern. Derzeit sind diese nicht gegeben und es fehlen neben den sinnvollen Zielsetzungen auch die ausgewiesenen Flächen und das Personal in den Genehmigungsbehörden in beinahe allen Bundesländern.“

Weitere Informationen finden Sie im [Hintergrundpapier \(Link\)](#).